

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 10

Artikel: Unbewältigte Immigrationspolitik schafft Krisenlage

Autor: Heitz, Hans-Jakob

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unbewältigte Immigrationspolitik schafft Krisenlage

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 404167

Von Oberst i Gst Hans-Jakob Heitz, Winterthur

Derweil die Zahl der schweizerischen Bevölkerung relativ stabil verläuft, weisen die Kurven unserer ausländischen Wohnbevölkerung sowie insbesondere jene der in unserem Land um Asyl Nachsuchenden ungebremst nach oben. In den Volksschulen kennen wir Ausländeranteile bereits bis zu 80 Prozent, was das schweizerische Bildungsniveau gefährdet.

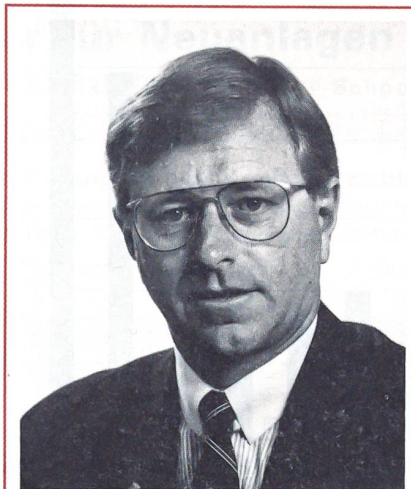
Wenn auch Massnahmen wie die Verschärfung der Ausweisungspflicht für Asylsuchende oder die Verlängerung der Frist des Arbeitsverbotes bei der Behandlung der Asylgesuche eine Entspannung bringen können, wird allerdings übersehen, dass solcherart weiche Massnahmen reine Kosmetik sind und zudem das illegale Ausweichen der Immigranten über die grüne Grenze fördern. Es verwundert daher nicht, dass die Zahl der über die grüne Grenze, das heisst illegal eingereisten Personen in geradezu exponentieller Weise ansteigt. Gemäss Feststellungen des Grenzschutzkorps weitet sich damit verbunden auch der Drogenschmuggel mit einem Trend zu grösseren Fällen massgeblich aus! Heute haben die Grenzschützer täglich durchschnittlich mehr als 800mal an der grünen Grenze zu intervenieren, wobei nur selbstverständlich ist, dass die mutmassliche Dunkelziffer noch bedeutend höher liegen dürfte.

Entwicklung gerät ausser Kontrolle

Nachdem allein in den Jahren 1989 und 1990 60000 Asylgesuche zu verzeichnen waren, die Zuwachsrate im ersten Halbjahr 1991 gegen 100 Prozent ausmacht sowie 55000 unerledigte Asylgesuche zu verzeichnen sind, ist unschwer zu folgern, dass die Dunkelziffer in unserem Land weitaus grösser, nicht registrierter Immigranten sich mindestens im gleichen Masse entwickelt. Nicht etwa die Zahl der rund 50000 anerkannten Flüchtlinge ist Anlass zu Sorge, sondern die völlig ausser Kontrolle geratene Entwicklung bei den registrierten nechten Flüchtlingen sowie den illegal in unser Land eingereisten Immigranten. Das Verhältnis von Asylanerkennungen zu abgelehnten Gesuchen von 1:25 ist deutlich; die grosse Zahl von Immigranten mit abgelehntem Gesuch gilt es zwingend auszuscheiden. Erfahrungswerte (ohne Dunkelziffer) sprechen davon, dass von den rund 75 Prozent abgelehnten Asylgesuchen deren 50 Prozent ausgewiesen, deren 25 Prozent hingegen unkontrolliert verschwinden bzw. untertauchen, was immerhin rund 5000 Personen jährlich entspricht. Der Bund bzw. wir Steuerzahler lassen uns die Bewältigung dieses Immigrationsproblems mit dem heutigen untauglichen System 500 Millionen Franken jährlich kosten, mit dem Resultat der Ausscheidung von 5 Prozent echten Flüchtlingen aus der gesamten Zahl der Gesuchsteller.

Krisenfall

Alle diese Zahlen zeigen mit kaum überbietbarer Deutlichkeit auf, dass die Verhältnismässigkeit nicht mehr gewahrt ist. Ich halte dafür, dass unser Land bezüglich Immigra-



Steckbrief von Hans-Jakob Heitz

In Winterthur 1943 geboren, daselbst sowie von Zürich und Münchwilen TG Bürger. Verheiratet. Ist als Rechtsanwalt seit 1983 Inhaber des Anwaltsbüros «Heitz und Partner» in Winterthur. Übt verschiedene Verwaltungsratsmandate (teilweise als Präsident) in den Branchen internationaler Handel, Produktion und Lokalradio aus. Ist Geschäftsführer im Nebenamt von Handelskammer und Arbeitgeberverbänden. Hans-Jakob Heitz politisiert als Mitglied einer bürgerlichen Partei im Winterthurer Stadtparlament und im Kantonsrat Zürich. Seine Schwergewichte liegen im Bereich Bildungs-, Arbeits-, Medien-, Wirtschafts- und Gewerbepolitik. Im Militär ist Heitz Oberst i Gst im Stab FAK 4. Zurzeit ist er als Artilleriechef für den Einsatz der Artillerie im Armeekorps verantwortlich. Seine kulturellen Interessen liegen im Bereich Musik, Theater und Gemälde. Er engagierte sich als Mitglied der Geschäftsleitung für den FC Winterthur und findet im Skiclub und in einer Reitergruppe den notwendigen Ausgleich. Ho

tionsproblematik sich in einer ausserordentlichen Lage, das heisst in einem eigentlichen Krisenfall befindet. Krisenfälle erfordern entsprechend griffige sowie kurzfristig einsetzbare Massnahmen. Diesbezüglich besteht ein gewaltiger Handlungs-Nachholbedarf! Harte Massnahmen, nicht etwa Gefühlsduselei, erwartet unsere Bevölkerung von den Regierungsorganen; wir befürchten, dass die sich immer rascher drehende Immigrations-Spirale völlig ausser Kontrolle gerät. Bedenkt man, dass «Schwellenländer, die auf dem Weg zu Industriegesellschaften waren, hingegen wieder zurückgeworfen wurden, so dass die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen weiterhin steigt» («Bericht '90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz» vom 1. Oktober 1990, Seite 15), ist unschwer vorzusehen, dass die weltweite Migration noch zunehmen wird und sich zu einer ungebremsten eigentlichen Völkerwanderung entwickeln kann. Demnach stünden wir heute erst am Anfang einer «Springflut». Wenn nur 10 Prozent (Weltorganisationen sprechen von einem höheren Prozentsatz) der Weltbevölkerung von 5 Milliarden Menschen auf Wanderschaft gehen, entspricht dies einer Zahl

des 100fachen unserer schweizerischen Bevölkerung; beängstigende Dimensionen will ich meinen!

Handeln durch Notrecht?

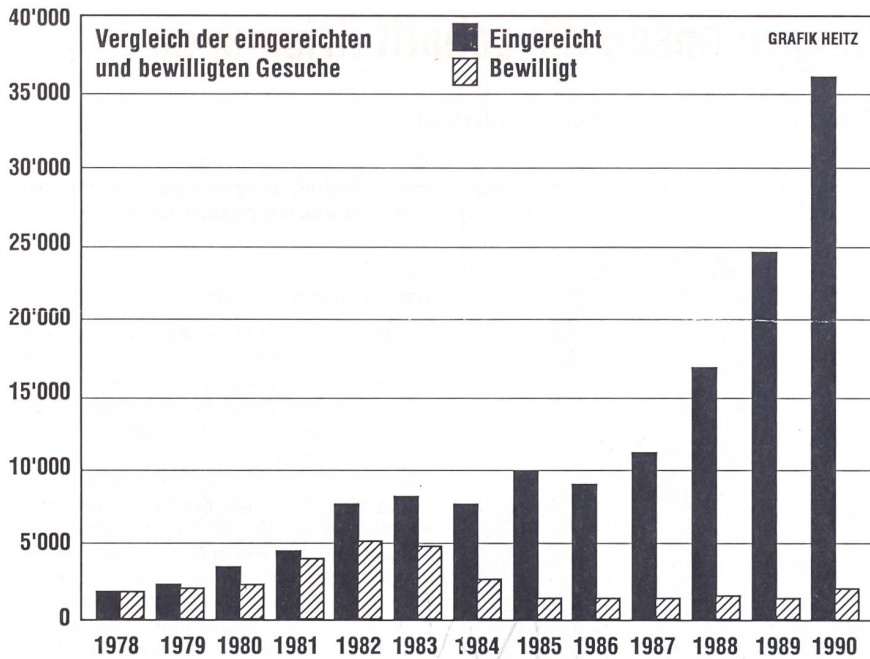
Der Bundesrat hat in seinem «Bericht '90 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz» drei Grundscenarien entwickelt, wobei das Grundscenario 3 «Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle» sich im Rahmen unserer Sicherheitspolitik zwecks Bewältigung des Immigrationsproblems als geeignete Führungsgrundlage aufdrängt: «Infolge wirtschaftlicher Not und Umweltzerstörung setzen allmählich grosse Wanderungsbewegungen ein, die keine Grenzen anerkennen und nicht nur friedlich verlaufen» («Bericht '90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz», Grundscenario 3, Seite 28). Wenn wir schliesslich zur Kenntnis nehmen, dass andere europäische Staaten wie beispielsweise Italien, Frankreich und England ihr Asylrecht markant verschärfen und gar kurzfristige Massen-Ausweisungen verfügen (Albaner durch die Italiener beziehungsweise Nordafrikaner durch die Franzosen), ist nicht einzusehen, weshalb wir der Immigrationswelle mit Samthandschuhen zu wehren suchen. Dort wo zeitaufwendige Rechtsgrundlagen fehlen, drängt sich Handeln durch Notrecht auf. Dies auch um das traditionelle humanitäre Asylrecht zu schützen, womit die Verhältnismässigkeit der Mittel gewahrt bleibt.

Diese tatsächlichen Gegebenheiten sind mir Anlass zu den folgenden 7 Fragen, 7 Thesen sowie 7 Postulaten.

- Wieviel Bevölkerung verträgt unser Land ökonomisch, ökologisch, demographisch?
- Was für ein Ausländeranteil ist unserer Bevölkerung zumutbar?
- Wie kann unser Staat die stetig anschwellende Immigrationswelle unter Kontrolle bringen?
- Kann unser Staat die Migrationswelle im Alleingang unter Kontrolle bringen?
- Ist eine ordentliche, dh humanitäre Flüchtlings-/Asylpolitik heute überhaupt noch möglich?
- Was für Gefahren birgt die Immigrationswelle für unser Land und seine Bevölkerung in sich?
- In was für einem sicherheitspolitischen Fall befindet sich unser Land heute?

7 Thesen

- Die Immigrationswelle überlastet unsere Umwelt, unsere Staatsfinanzen, unser Sozialwesen sowie höhlt unser Schul-/Bildungsniveau und dadurch die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft aus.
- Der schweizerische Ausländeranteil von 16 Prozent stellt weltweit einen Spitzenwert dar; die Reizschwelle ist erreicht.
- Der Immigrationswelle ist nur noch mit repressiven, damit dissuasiven Massnahmen beizukommen.



- Unser Land kann die Immigrationsprobleme direkt nur im Verbund mit den europäischen Staaten sowie indirekt und längerfristig nur durch eine neu definierte Entwicklungspolitik bereinigen.
- Wenn es Europa nicht gelingt, die Migration unter Kontrolle zu bringen, wird die hu-

manitäre Flüchtlings-/Asylpolitik unmöglich.

- Die Immigrationswelle gefährdet:
 - die nationale Identität unseres Staates ganz allgemein sowie
 - den sozialen Frieden,
 - den religiösen Frieden im besonderen.

● Unser Land befindet sich heute im strategischen Fall erhöhter Migrationsspannungen; es befindet sich in einer ausserordentlichen Lage, dh in einem Krisenfall im Sinne des sicherheitspolitischen Grundszenarios Nr 3 «Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle».

7 Postulate

- Für unser Land sind demographische «Grenzwerte» festzusetzen.
- Für die Ausländerkinder sind neue Einschulungsmodelle zu entwickeln, die Volks-

und Berufsschulen dadurch von den Ausländerproblemen zu entlasten.

● Es sind jährlich Immigrationsquoten/-kontingente festzusetzen; die Zahl zu behandelnder Gesuche ist zu plafonieren. Die Ausschaffung ist durch vorsorgliche Massnahmen wie bspw Eröffnung des Asylentscheides im Durchgangsheim («Ausschaffungsarrest») sicherzustellen. Dadurch kann Handlungsfreiheit – allenfalls abgesichert durch eine Schutzklausel – zwecks Freizügigkeit im Personenverkehr gegenüber den europäischen Ländern geschaffen werden.

● Bei der Durchsetzung der Asylgesetzes ist der Fristigkeit mehr Nachachtung zu verschaffen, im Wartestatus ist das Arbeitsverbot zu verschärfen bzw sind unattraktive gemeinnützige Arbeitseinsätze zu schaffen und auf die Bereitstellung von Komfortunterkünften ist tunlichst zu verzichten. Zivilschutzanlagen müssen genügen, die Errichtung und der Betrieb von Grosszentren ist vorzubereiten.

● Unser Land hat einen europäischen Asylatenverbund sowie ein Erstlandabkommen aktiv zu fördern und mit allen europäischen sowie europäisch assoziierten Staaten Schubabkommen zu erwirken.

● Im Rahmen einer koordinierten Aussenwirtschaftspolitik (beinhaltend die Entwicklungspolitik) ist der Repatriierung mehr Gewicht beizumessen, sind Repatriierungs- sowie Prophylaxe-Szenarios zu entwickeln.

● Innerhalb des sicherheitspolitischen Grundszenarios Nr 3 ist das Grenzwachtkorps personell aufzustocken, dh durch Armeetruppen (nicht mehr Beamte!) zu verstärken, wobei mir prüfenswert scheint, besondere Armeeverbände zu schaffen, welche in die Lage zu versetzen sind, eine Art **Grenzwacht-Miliz** zu stellen. Diese Verbände müssten im Rahmen eines überarbeiteten Teilmobilmachungsmodells kurzfristig evtl sogar als Picketverbände aufgebildet werden können.

Für die Verstärkung der zivilen Asylantenbetreuung sind Angehörige des Zivilschutzes evtl verstärkt durch geeignete Armeeangehörige beizuziehen.

Die nötigen Rechtsgrundlagen hierfür sind unverzüglich zu schaffen, wobei unsere Bevölkerung rasch beherzte Taten erwartet! ■

Hanebüchene Zustände

Der Berner Arzt Peter Zuber, massgebend beteiligt in der AAA, der Aktion für ausgewiesene Asylbewerber, hat gemäss SPK folgende erstaunliche Erklärung abgegeben:

«Wir sind Spezialisten. Wir verfügen über ein Netz von 7000 Personen, wovon etwa 700 in anderen westeuropäischen Ländern, die bereit sind, abgewiesenen Asylbewerbern Unterschlupf zu gewähren. Insgesamt verfügen wir über 600 Verstecke. Im Durchschnitt verbergen wir jährlich an die 1000 Asylbewerber, die in der Regel etwa drei Monate in ihren Verstecken bleiben», sagte Zuber gegenüber der Genfer Zeitung «La Suisse».

Die AAA scheut nach den Worten Peter Zubers auch nicht davor zurück, den abgewiesenen Asylbewerbern falsche Papiere zu beschaffen:

«Wir vermitteln jährlich über 200 falsche Pässe, die wir bei Spezialisten in verschiedenen europäischen Ländern in Auftrag geben.»

Das Vorgehen der AAA-Mitglieder ist illegal. Wer jemandem falsche Papiere verschafft, kann grundsätzlich mit einer Freiheitsstrafe von drei Tagen bis zu drei Jahren oder mit einer Geldbusse bestraft werden. Für die Beherbergung eines grundsätzlich ausgeschafften Asylbewerbers sieht das Gesetz Freiheitsstrafen von maximal sechs Monaten oder eine Geldbusse von maximal 10 000 Franken vor.

In der Schweiz sind wir also soweit, dass einer sich und seine Organisation öffentlich des Rechtsbruchs bezichtigen kann, ohne das Irreführende hat niemand mehr den Mut, diese Rechtsverwilderung zu steuern, und wenn es Rechtsverwilderung zu steuern, und wenn es einmal geschieht, dann gibt es einen Freispruch, wie kürzlich vom Berner Obergericht. Und manche Medien berichten pausenlos über die Agitation der Asylantengruppen, ohne sich um die Meinung des Volkes, das eine harte Haltung im Asylwesen verlangt, zu kümmern.

GPD/148, OF

Europa im Umbruch – 3 Postulate zur Sicherheitspolitik

1. Der **Armeeauftrag** ist unverzüglich der aktuellen Situation anzupassen!
2. **F/A 18** nicht nur für Landesverteidigung, auch im Hinblick auf europäische Sicherheitspolitik beschaffen!
3. Zur Abwehr der unkontrollierten illegalen **Immigration** sind sofort Truppen an die Grenze zu stellen!

Oberst i Gst **Hans-Jacob Heitz**, Kantonsrat/Nationalratskandidat, Winterthur